bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 23 | 11. November 2005

Rechte Szene 2

Braunes Netzwerk
Bei dem „Projekt Schulhof" hat ein bundesweites Geflecht aus Neonazi- und Skinheadgruppen die Hand im Spiel.

Mahlers Strategie
Im Mannheimer Volksverhetzungsprozess gegen Ernst Zündel wird die Verteidigung voraussichtlich die Offenkundigkeit des Holocaust leugnen. Rechtsanwalt Jürgen Rieger stellt Befangenheitsantrag gegen Richter.

"Private Geburtstagsfeier"
Neonazi-Konzert findet trotz Kündigung des Mietvertrages statt.

Pleiten für Neonazi-Funktionäre
Aufmärsche in Potsdam und Berlin gescheitert.

Nachwuchskader
Multiaktiver Neonazi aus Thüringen.

Ausland 6

Hasstiraden über Kurzwelle
Hal Turner´s „ Show" wöchentlich im Programm.

Grauzone 7

"Dämonische Macht brechen"
Erzkonservative Partei Bibeltreuer Christen will fundamentalistische Sperrspitze werden.

"Befreiung Jerusalems"
Rechter Unterstützer beim Al-Quds-Tag.

Fragwürdiger Preis
„Junge Freiheit" zeichnet rechtslastigen Autor aus.

Demokratische Initiativen 9

Nicht automatisch immun
Gewerkschaftsmitgliedschaft schützt nicht vor Anfälligkeit gegen Rechtsextremismus – betroffen sind besonders Mittelschichtszugehörige.

Seitenblick 10

Weltgeschichtliches Verfahren
Der Nürnberger Prozess gegen die NS-Kriegsverbrecher soll ein Museum bekommen. Im November vor 60 Jahren wurde die Hauptverhandlung eröffnet.

Rezension 11

Keitels Krampfadern
Gesprächsprotokolle mit den Nürnberger Hauptkriegsverbrechern.

Meldungen 12

Rechte Szene

Braunes Netzwerk

Bei dem „Projekt Schulhof" hat ein bundesweites Geflecht aus Neonazi- und Skinheadgruppen die Hand im Spiel.

Als alleiniger Drahtzieher der „Aktion Schulhof" muss sich demnächst der neonazistische Musikproduzent Lutz Willert aus Kuhlhausen vor Gericht verantworten. Willert wird vorgeworfen, 50 000 der „schwer-jugendgefährdenden" Tonträger in einem tschechischen Presswerk in Auftrag gegeben und Anfang Juli 2004 in Empfang genommen zu haben. Seitdem gelten die CDs als verschwunden.

Nach Angaben aus Polizeikreisen schweigt Willert, zu seinen Hintermännern macht er keine Angaben. Dabei steckt hinter dieser einmaligen konzertierten Aktion der Kameradschaftsszene ein Netzwerk von Aktivisten, das durch Spenden oder Weiterverbreitung des Tonträgers „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund" die geplante Aktion unterstützt hat. Einer aktuellen Einschätzung des sächsischen Innenministeriums zufolge traten Rechtsrockbands Liedrechte an die Betreiber von „Anpassung ist Feigheit" ab und Neonazi-Vertriebe beteiligten sich „mittels Geldspenden in Höhe von jeweils cirka 500 Euro". Auf die kleine Anfrage ausgerechnet eines NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag wies Innenminister Thomas de Maizière kürzlich darauf hin, dass die Skinheadband „Noie Werte" zum Beispiel 500 Euro zum Projekt gegeben haben soll. Vier Vertriebe aus Sachsen unterstützten die Aktion: „PC-Records" und „Backstreetnoise" aus Chemnitz, „Front Records" aus Wurzen und „Endzeit-Versand" aus Aue.

Bis zum Herbst 2005 konnten nur etwa 3500 der bereits gepressten Tonträger bundesweit sichergestellt werden. 10 Exemplare davon im Dresdener Neonazi-Club in der Weimarischen Straße. Die sächsische Polizei hatte einen Tipp vom LKA aus Thüringen bekommen. In Westsachsen und im Muldentalkreis verteilten bekannte Neonazis unter anderem aus der Hammerskin-Szene die CDs bereits an Jugendliche. Auch in Thüringen wurdenAnfang August mehrere Exemplare gezielt in Briefkästen von Personen beziehungsweise Institutionen des öffentlichen Lebens, darunter die Bürgermeister von Jena und Sömmerda, eingeworfen. Das Landeskriminalamt leitete aufgrund dessen Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie wegen Verbreitung schwer jugendgefährdender Medien ein. Als einer der Unterstützer war bereits 2004 Thorsten Heise und sein „WB Versand" in Fretterode ausgemacht worden. Er hatte sich auf seiner Internet-Homepage geoutet: „Unser Record Label und Versand ist stolz bei dem (…) Projekt teilgenommen zu haben".

Insgesamt vermitteln die mehr oder weniger klandestinen Hintergrundstrukturen der Tonträger-Aktion den Eindruck, dass sich über Szenestreitigkeiten und Konkurrenzgebaren hinweg professionelle Rechtsrock-Netzwerke gemeinsam ans Werk gemacht haben. So sind Aktivisten aus dem Bereich der „Hammerskin Nation" (HSN) wie auch aus dem seit 2000 verbotenen „Blood&Honour"-Netzwerk erkennbar.

In der Wohnung des Bremer Hammerskins Marc Gaitzsch beschlagnahmte die Polizei Mitte August 320 Tonträger. Etwa 800 weitere angelieferte Exemplare konnten dagegen nicht mehr gefunden werden. Der 30-Jährige ist Sänger der Neonazi Band „Hetzjagd", die neben „Endlöser" aus Bremen jeweils ein Lied zum Tonträger „Anpassung ist Feigheit" beisteuerten. Gaitzsch gehört der Szene seit vielen Jahren an und verfügt über weitreichende Kontakte. Bei Demonstrationen wie im Oktober in Langwedel hält er sich jedoch im Hintergrund. Weniger zurückhaltend ist der Tonträger-Unterstützer Dieter Riefling aus Hildesheim. Der vorbestrafte Aktivist der verbotenenen FAP soll nach Angaben von Szenekennern über Kontakte ins „Blood&Honour"-Milieu verfügt haben. Er gilt als enger Weggefährte des Anführers der „Kameradschaft Northeim" Thorsten Heise. Ein Unterstützer-Label in Ludwigshafen gilt dagegen als organisatorische Plattform für Neonazi-Konzerte, auch aus dem Umfeld der Hammerskins.

Bei einer Fahrzeugkontrolle Mitte September 2005 im Raum Ulm konnten 425 Exemplare des Tonträgers sichergestellt werden. Sie sollen Stefan Schneider, Sänger der Band „Act of Violence" gehört haben. Er wird der „Nationalists Union/Sektion Ulm" zugerechnet, diese Truppe

taucht als eine Kontaktadresse für Baden-Württemberg auf. Weitere CDs wurden bei einer Anhängerin der „Aktiven Frauen Fraktion“ (AFF) gefunden. Die AFF organisierte in Baden-Württemberg mehrere Rechtsrock-Konzerte. Auffällig viele Kontaktadressen tauchen aus dem Raum Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland auf. Nach Ansicht von Insidern wird Freien Nationalisten aus dem Raum Rhein-Main beim „Projekt Schulhof“ ebenso eine maßgebliche Rolle zugerechnet wie bekannten Neonazis aus Halle.

Als bayerische Polizeibeamte Anfang August 2005 zwei Neonazis beim Verteilen des Tonträgers im fränkischen Lohr erwischten, nahmen sie den Beschlagnahmebeschluss aus Halle nicht wörtlich und sammelten nur die CDs hinter den Scheibenwischern der umherstehenden Fahrzeuge wieder ein. Den Karton mit rund 200 CDs konnten Michael Diener und sein Kamerad behalten. Diener betreibt das Label „Voice Records“ in Erlenbach, das zu den offiziellen Unterstützern des Tonträgers zählt.

Willert pflegt auch Kontakte zum „Märkischen Heimatschutz“ in Brandenburg. Beim „Rock für Deutschland“-Konzert am 9. Juli in Gera stand der Verkaufstisch seines „Hate Hate Versands“ gleich neben dem der Brandenburger. Mit dabei war auch Christian Banaskiewicz aus Angermünde. Bei ihm wurden 671 von Willerts Tonträgern dann einen Monat später im Auto beschlagnahmt.

Nicht auffindbar ist der im Sinne des Pressegesetzes als Verantwortlicher genannte Frank Scholz. Name und Adresse des Altenaers spuken seit Jahren durch das neonazistische Milieu, so zeichnet er unter anderem verantwortlich für das kürzlich gehackte Internetforum „Freier Widerstand“. In Altena gibt es jedoch seit über zehn Jahren keinen Frank Scholz mehr. Anwohner erinnern sich zwar noch an den heruntergekommenen Neonazi mit Hitlerbart, dessen Wohnung zwangsgeräumt wurde, aber wo er sich aufhält, wissen sie nicht. Damit entzieht sich der einzige als presserechtlich verantwortlich Genannte klar der Verantwortung, dieses Vergehen müsste, nach Expertenmeinung, durchaus auch strafrechtlich relevant sein. Laut Angaben der Staatsanwaltschaft in Hagen hat Scholz mit der „Schulhof“-CD „nichts zu tun“, man wisse, dass die Adresse „ein Fake“ sei. Ermittlungen wurden nicht aufgenommen.

Andrea Röpke

Mahlers Strategie

Im Mannheimer Volksverhetzungsprozess gegen Ernst Zündel wird die Verteidigung voraussichtlich die Offenkundigkeit des Holocaust leugnen. Rechtsanwalt Jürgen Rieger stellt Befangenheitsantrag gegen Richter.

Sollten die Mitglieder der sechsten Strafkammer des Landgerichts Mannheim gehofft haben, zügig gegen den führenden Holocaust-Leugner Ernst Zündel verhandeln zu können, so mussten sie bereits am ersten Prozesstag feststellen, dass eine solche Erwartung trügerisch sein dürfte. Nach einer sechsstündigen Verhandlung am 8. November war die Anklageschrift immer noch nicht verlesen, dafür hatte das Gericht aber einen ereignisreichen Tag erlebt und mehrmals mit der Räumung des Saales drohen müssen, um eine einigermaßen geordnete Verhandlung zu gewährleisten.

Die Turbulenzen begannen mit dem Auftritt von Horst Mahler: Der ist zwar mit einem vorläufigen Berufsverbot belegt, saß aber zu Prozessbeginn dennoch am Verteidigertisch und zog sich von dort erst in die Zuschauerreihen zurück, als Sicherheitsbeamte anrückten, um ihn aus der Reihe der Verteidiger zu entfernen. Als „Assistent“ der Verteidigung hatte Sylvia Stolz, eine von Zündels Anwältinnen, Mahler eingeführt. Der Vorsitzende Richter Ulrich Meinerzhagen mochte das nicht akzeptieren und sprach von einer „vorgeblichen Hilfstätigkeit“ und „strafbaren Berufsausübung“.

Mit prozessualen Fragen ging es weiter: Das Gericht entband Stolz von ihrem Mandat als Pflichtverteidigerin. In einem Antrag der Verteidigung, mit dem die Einstellung des Verfahrens gefordert wurde, stachele sie selbst zum Hass gegen Juden auf und mache sich die Argumentation der Revisionisten zu Eigen, so Meinerzhagen. Ein zügiges Verfahren sei mit ihr nicht gewährleistet. Im Verfahren kann Stolz aber weiter tätig bleiben – nun als Wahlverteidigerin des 66-jährigen Zündel. Kaum überraschend war nach diesem Auftakt, dass Zündels zweiter Anwalt Jürgen Rieger den Vorsitzenden Richter mit einem ersten Befangenheitsantrag überzog. Das Gericht vertagte sich auf den 15. November. Ob dann in der Sache verhandelt werden kann, ist offen, da das Gericht die Bestellung eines neuen Pflichtverteidigers erwägt

und das Verfahren daher erst einmal auf längere Frist ausgesetzt werden könnte.

Die Anklage wirft Zündel vor, als aktivster und führender Revisionist von Kanada und den USA aus über seine Internetseite „Zundelsite“ und mit schriftlichen Publikationen wie dem „Germania-Rundbrief“ nazistische und antisemitische Propaganda betrieben zu haben. Er habe „in pseudo-wissenschaftlicher Art den Nationalsozialismus vom Makel des Judenmordes entlasten wollen, das von nationalsozialistischen Machthabern geplante Vernichtungsschicksal der Juden geleugnet und dies damit begründet, die Massenvernichtung in Auschwitz, Treblinka unter anderem sei eine Erfindung der Juden und diene der Unterdrückung sowie Erpressung des Deutschen Volkes“. Auf rund 20 Seiten führt die Anklageschrift Belege für diese Vorwürfe auf. Neben dem Kernvorwurf der Volksverhetzung, die mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden kann, geht es dabei auch um Beleidigung und die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.

"Auschwitzmythos zu Fall bringen"

Auseinanderzusetzen haben sich Staatsanwaltschaft und Gericht voraussichtlich mit einer, so Mahler, „völlig neuen Verteidigungsstrategie gegen Holocaustanklagen“. Mahler hatte unter der Überschrift „Die wegen ‘Leugnung des Holocausts’ Verfolgten werden jetzt zu Verfolgern“ Anfang Oktober eine Erklärung verbreitet, in der er die Grundzüge einer solchen Strategie skizzierte. Ganz offensiv soll die Offenkundigkeit des Holocausts in Gerichtsverfahren geleugnet werden. Mahler: „Dazu muss man wissen, dass in diesen Prozessen in schriftlicher Form alles gesagt werden kann, was zu sagen ist – die geschichtliche Wahrheit. Denn die durch ein Gerichtsverfahren veranlassten und dem Gericht vorgelegten Schriftsätze sind nicht zur Verbreitung bestimmt und deshalb keine Schriftwerke im Sinne des Holocaustmaulkorbgesetzes.“ Letztlich würden es „die Gerichte des Vasallenstaates BRD selbst“ sein, „die den Auschwitzmythos zu Fall bringen werden“. Wenn sich jetzt herausstelle, dass „die Offenkundigkeit des Holocausts nur vorgetäuscht ist und alles nur ein Riesenschwindel ist“, werde von der „Jüdischen Weltherrschaft“ nichts übrig bleiben.

In das Mahlersche „Verteidigungskonzept“ eingefügt hat sich offenbar die Münchner Rechtsanwältin Sylvia Stolz. Als Verteidigerin des Anfang Oktober vor dem Amtsgericht Potsdam angeklagten „Reichsbürgers“ Dirk Reinecke verfasste sie eine – mit Anlagen – mehr als 1000-seitige Stellungnahme, die, so Mahler, „eine Anklage gegen die beteiligten Juristen wegen Landesverrats und wegen Beteiligung am Seelenmord am Deutschen Volk ist“. In einer Verhandlung gegen den Rechtsextremisten Rigolf Hennig Ende Mai vor dem Landgericht in Verden hatte sie einem Bericht der „Verdener Nachrichten“ zufolge verlangt, vor einer Verurteilung müsse zunächst bewiesen werden, dass der Holocaust überhaupt stattgefunden habe. Tätig wurde Stolz auch als Verteidigerin des vom Amtsgericht Remscheid wegen Leugnung des Holocausts verurteilten Ernst Günter Kögel. In dieser Funktion legte sie einen – wiederum mit Anlagen – über 1100-seitigen Schriftsatz vor. Mahler dazu: „Das neue Buch des Zeitgeschichtsforschers Germar Rudolf ‘Vorlesungen über den Holocaust’ ist in vollem Umfang Bestandteil der Stellungnahme, ebenso mein Beweisantrag aus dem Berliner Judaismus-Prozeß 2004 mit cirka 490 Seiten.“

Kaum überraschend scheint so, dass Stolz bei der vom 11. bis 13. November stattfindenden Mitgliederversammlung des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ als Referentin angekündigt ist. Und kaum überraschend war der Jargon, mit dem Stolz im Zündel-Verfahren für ihren Mandanten Stellung bezog. Der Volksverhetzungsparagraph erscheint ihr als „Ausfluss des fremdherrschaftlichen Willens, vermittels des Besatzungskonstrukts ‘Bundesrepublik Deutschland’ den Nationalstaat des Deutschen Volkes, das Deutsche Reich, – von den Reichsbürgern unbemerkt – zu zerstören und das Deutsche Volk in die talmudische Sklaverei abzuführen“. Der „strafbewehrte Zwang, die Behauptung von den 6 Millionen in Deutschen Konzentrationslagern getöteten Juden zu glauben beziehungsweise nicht in Frage zu stellen“, sei „ein Todesurteil über das Deutsche Volk“.

Gut möglich, dass sich die forsche Anwältin demnächst selbst als Angeklagte vor Gericht wiederfindet. Die Staatsanwaltschaft Mannheim jedenfalls prüft bereits rechtliche Schritte gegen sie.

Tomas Sager

22. Jahrgang | 23 | 11. November 2005

"Private Geburtstagsfeier"

Neonazi-Konzert findet trotz Kündigung des Mietvertrages statt.

Nachts um halb eins feierten die Neonazis auf der Reeperbahn immer noch. Bis heute kann Nicola Tyszkiewicz nicht nachvollziehen, dass sich die Hamburger Polizei weigerte, das Rechtsrock-Konzert zu beenden. Über 300 Neonazis waren am 5. November im alten C&A-Gebäude zusammengekommen. Ab 20.00 Uhr schallten die Lieder der deutschen Nazibands „Noie Werte", „Words of Anger" und des italienischen Rechtsrockers „Amarco" aus dem Gebäude.

„Wegen Vertragsbruch habe ich den Mietvertrag sofort gekündigt", betont Tyszkiewicz, die die Räume zwischen „Weltbühne" und „Echochamber" vermietet. Doch die Polizei schritt nicht ein. „Es war eine private Geburtstagsfeier", rechtfertigt ein Polizeisprecher. Sicherlich rein „privat". Nach Angaben des Sprechers hatte Torben Klebe die „Party" bei der Behörde angekündigt. Nur Ort und Zeit gab der Kader des verbotenen Neonazi-Netzwerks „Blood&Honour" nicht an. Der Mietvertrag, erklärt Tyszkiewicz, war zustande gekommen, da Klebe ihr erzählte, bloß seinen 30. Geburtstag feiern zu wollen. Am Abend stellte sie jedoch fest, dass es keine „Privatparty" war. „Es wurde Eintritt genommen und die Getränke mussten bezahlt werden", betont sie. 17 Euro betrug der Preis, wie es auf Neonaziwebsites heißt. „Bands dürfen in den Räumen gar nicht spielen", sagt die Vermieterin. All dies hätte sie auch der Polizei erklärt und mehrmals gefordert, die Rechten „rauszuschmeißen".

In Lübeck war die Polizei bei einem Neonazi-Konzert am 9. Juli dieses Jahres nach Kündigung des Mietverhältnisses auch sofort eingeschritten. Ähnliches hatten jetzt die Betreiber der im Gebäude ansässigen Clubs auch erwartet. Stattdessen hätte die Polizei deren Gäste weggeschickt, sagt Wolf von Weidenfels, Betreiber des KDW. Jetzt streben die Clubbetreiber eine Schadensersatzklage an.

Während des Konzerts protestierten an die 500 Demonstranten. Als die Neonazis mit HVV-Bussen nach dem regulären Konzertende weggebracht werden sollten, flogen Steine und Flaschen.

Andreas Speit

Pleiten für Neonazi-Funktionäre

Aufmärsche in Potsdam und Berlin gescheitert.

Was einen „wahren Aufstand der Anständigen" darstellen sollte, endete für rund 250 Neonazis im Desaster. Unter dem Motto „Gegen die Diffamierung deutscher Opfer von links!" wollten die Anhänger verschiedener Kameradschaften am 5. November durch die Potsdamer Innenstadt marschieren. Auf einer Zwischenkundgebung sollte der wegen Rechtsterrorismus verurteilte Aktivist Peter Naumann sprechen. Der vom Hamburger Neonazi Christian Worch angemeldete Aufzug kam jedoch keinen Meter weit. Tausende Gegendemonstranten hielten die geplante Route über Stunden blockiert, so dass Worch die Veranstaltung nach dreieinhalbstündiger Wartezeit entnervt auflöste. Im Anschluss daran meldeten „Kameraden aus Berlin" eine Demonstration in Berlin-Prenzlauer Berg an, zu der sich schließlich rund 100 Neonazis aufmachten. Nach einem halbstündigen Marsch kam es zu Rangeleien mit der Polizei, woraufhin der Anmelder die Demonstration überstürzt beendete und Christian Worch mit seinem Lautsprecherwagen fluchtartig die Szenerie verließ. Die Polizei nahm einige Teilnehmer fest.

Beide Aufzüge setzten sich hauptsächlich aus dem für Berlin und Umland üblichen Konglomerat von Angehörigen „freier Kameradschaften" zusammen. So war der „Märkische Heimatschutz" (MHS) mit seinen „Sektionen" Berlin und Eberswalde anwesend, die „Autonomen Nationalisten", ein kameradschaftsübergreifender Zusammenschluss aus Berlin, hatten Vertreter entsandt, ebenso wie die Jungen Nationaldemokraten aus Berlin-Pankow. Worch und sein umtriebiger Zögling, der Hamburger Alexander Hohensee, sowie René Bethage, der Anführer der mittlerweile verbotenen „Berliner Alternative Süd-Ost" waren die tragenden Akteure der Veranstaltungen. Die Unfähigkeit der Potsdamer Neonazis, eigenständig eine Demonstration zu organisieren, sollte allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass sich die gewaltbereite rechtsextreme Szene in Potsdam in den vergangenen Jahren organisatorisch gefestigt hat und enge Kontakte insbesondere zur Berliner Kameradschaftsszene unterhält.

Clemens Berg

Nachwuchskader

Multiaktiver Neonazi aus Thüringen.

Der „bekannte Thüringer Neonazi“ (Verfassungsschutz) Michael Burkert ist seit Jahren einer der führenden Köpfe in der rechtsextremen Szene in Thüringen. Der NPD-Kreisverband Erfurt-Gotha hat Burkert am 22. Oktober in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Ihm zur Seite steht weiterhin Björn Domka. Zugegen war auf der Kreisverbandsveranstaltung auch der thüringische NPD-Landesvorsitzende Frank Schwerdt.

Seine Politkarriere startete Burkert zu Beginn dieses Jahrzehnts als Kader des „Skinheadclubs Friedrichroda“ und des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen“ (NSAW). Er organisierte Demonstrationen, Mahnwachen und Saalveranstaltungen mit Hardcore-Neonazis wie dem zwischenzeitlich im Untergrund lebenden Gerd Ittner oder dem Liederbarden Michael Müller. Dabei trat Burkert immer wieder selbst als Referent in Erscheinung. Ferner verfasste Burkert „Aufrufe an nationale Kameradinnen und Kameraden“, in denen er zur Intensivierung der „Solidarität mit Gefangenen“ aufforderte. Lauthals bekundete er: „Das Reich ist unser Ziel und der Kampf gegen Volksfeinde und Artzersetzer.“ Zwischenzeitlich fungierte Burkert als Jugendbeauftragter des Landesvorstandes der rechtsextremen Deutschen Partei.

Auch bundesweit machte Burkert in letzter Zeit auf sich aufmerksam. So leitete er am 25. Juni gemeinsam mit Domka eine Demonstration unter dem Motto „Vereint für soziale Gerechtigkeit gegen Volksbetrug“ in Erfurt. An der Veranstaltung beteiligten sich rund 250 Rechtsextremisten. Redner waren neben Burkert und Schwerdt, der Neonazi Thorsten Heise, NPD-Bundesvorstandsmitglied, Ivonne Mädel, Kader der thüringischen Neonaziszene, Christian Worch und der Hamburger Neonazi Alexander Hohensee. Für die Demonstration wurde bundesweit im Internet geworben. Am 9. Juli war Burkert Redner bei einer NPD-Kundgebung in Gera, bei der auch der NPD-Chef Udo Voigt auftrat. Im thüringischen Altenburg sprach Burkert am 17. August. Co-Referenten waren unter anderem Christian Worch und Axel Reitz.

Anton Maegerle

Ausland

Hasstiraden über Kurzwelle

Hal Turner´s „ Show“ wöchentlich im Programm.

Die extreme Rechte in den USA blickt auf eine lange Tradition von Gewalt zurück. Zunehmend plädieren einflussreiche Protagonisten wie Ex-Ku Klux Klan-Führer David Duke oder neonazistische Organisationen wie die National Alliance, deren Gründer einst forderte, „Juden zu Tausenden“ zu töten, zumindest offiziell für einen Kampf im Rahmen der Legalität. Nicht so der Radiomoderator Hal Turner. Der ehemalige Immobilienmakler aus New Jersey, der seine Kurzwellen-Karriere nach einer erfolglosen Kandidatur für einen republikanischen Sitz im Kongress im Jahr 2000 begann, hat sich mittlerweile zum offenen Apologeten von Mord und Gesetzbruch gewandelt. Seine wöchentliche „Hal Turner Show“ zählt zum Pflichtprogramm der radikalen US-Szene. Neonazis und Antisemiten von William Pierce bis Matt Hale gaben sich als Gäste in der Vergangenheit die Klinke in die Hand. Gemeinsam mit dem Gastgeber ließen sie in der Show ihren ideologischen Hasstiraden auf Juden, Schwarze, Hispanics und Homosexuelle freien Lauf, die sie als „Wilde“, „Perverse“ oder „Untermenschen“ beschimpften. Via Internet erreicht die Sendung heute mehr Hörer als je zuvor.

Auch Turners Aufrufe zur Gewalt sind nicht neu. Die Ermordung von liberalen Richtern bezeichnet er als eine „gute Sache für Amerika“. Während des Prozesses gegen Matt Hale veröffentlichte Turner auf seiner Website Namen, Fotos und Büroadressen von beteiligten Richtern. Die rhetorischen Provokationen führten sogar zum Ausschluss des 43-Jährigen aus mehreren Neonazi-Internetforen. In einer E-Mail an einen Kritiker rechtfertigte der überzeugte Rassist Gewalt als das einzige Mittel zur „Befreiung des Landes von Schwulen, kriminellen Niggern und illegalen Einwanderern“. Er selbst sei bereit, „das Nötige zu tun“ und damit das Führungsvakuum innerhalb der amerikanischen „White Power“-Bewegung zu füllen. Im Gegensatz zu vielen anderen, fuhr er fort, werde er sich dabei aber nicht durch das Prahlen mit illegalen Taten selbst verraten.

Michael Funk

Grauzone

"Dämonische Macht brechen"

Erzkonservative Partei Bibeltreuer Christen will fundamentalistische Sperrspitze werden.

Viel vorgenommen hat sich der neue Bundesvorsitzende der Partei Bibeltreuer Christen (PBC) mit Sitz in Karlsruhe. Walter Weiblen, ein ehemaliger DaimlerChrysler-Manager, will die Arbeit seiner gottesfürchtigen Truppe professionalisieren. Und er will aus der PBC eine Art Sperrspitze unter den christlich-fundamentalistischen Organisationen machen. Weiblen ist auch Leiter der PBC in Baden-Württemberg und somit Chef des mitgliederstärksten Landesverbandes: Von den offiziell 5400 Mitgliedern stellt das Schwaben-Ländle 1600 Personen. Auf dem jüngsten Bundesparteitag in Kirchheim wurde der 50-jährige Ingenieur und Unternehmensberater Weiblen zum Nachfolger des PBC-Gründers und seitherigen Bundesvorsitzenden Gerhard Heinzmann gewählt. Der hatte aus Altersgründen nicht mehr kandidiert, wurde aber von den 160 Delegierten zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gekürt.

Die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) lastet der PBC „eine Form religiösen Größenwahns“ an – ein Wahn, der etwa für Homosexuelle ungemütlich werden kann. So war beispielsweise die Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferates im nordrhein-westfälischen Sozialministerium der Partei einen Offenen Brief an den damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau wert. Homosexualität, heißt es darin, sei eine „Gräuelsünde“. Die Teilnehmer von Schwulen- und Lesbenparaden wollten „in ihrem Geist der Rebellion Gottes Ordnung pervertieren und umkehren“, Rau habe sich zum „Steigbügelhalter“ für „Gottesfeinde und Christushasser“ gemacht.

Nach Auffassung der Partei sollten die „antigöttlichen Praktiken“ Astrologie, Wahrsagerei und Horoskope in allen Schulen und Bildungseinrichtungen verboten werden; im Grundsatzprogramm von 1990 waren noch die öffentlichen Medien im Visier. Prostitution müsse scharf überwacht und Pornographie ebenso wie „gotteslästerliches“ Schrifttum illegal sein, so das PBC-Grundsatzprogramm. „Kuppelei“ sollte wieder strafbar sein. Außerdem müssten Schulgebete eingeführt werden und der schulische Unterricht durch Bibelunterweisungen für sämtliche Schüler gekennzeichnet sein.

In einem von Heinzmann und Weiblen verantworteten Flugblatt zur Bundestagswahl 2005 heißt es: „Bis zum Beweis des Gegenteils wollen wir in Bildungseinrichtungen in staatlicher Trägerschaft biblische Aussagen zu allen Lebensbereichen, insbesondere zum Menschenbild und zur Schöpfung, gleichrangig neben anderen weltanschaulichen Deutungen vermittelt sehen.“ Das Flugblatt benennt noch andere Forderungen der Partei, so die „Begrenzung der weiteren Zuwanderung“ von Ausländern und ihre „freiwillige Rückkehr in die Heimatländer“. Ein Schwerpunktthema der PCB ist die Abtreibung, die sie in der Vergangenheit immer wieder mit dem Massenmord an den Juden und anderen Menschen unter der Naziherrschaft gleichsetzte. Gefordert werden ein Abtreibungsverbot und vereinfachte Adoptionsverfahren

Gesucht werden soll die Kooperation mit anderen christlichen Parteien. Damit dürfte in erster Linie die Christliche Mitte (CM) gemeint sein, die angeblich über 18 000 Mitglieder verfügt. Zwischen PBC und CM bestehen zahlreiche inhaltliche Übereinstimmungen, obwohl die CM etwa in punkto Abtreibung und Homosexualität („Homosexuelle sind Neurotiker und Sklaven pervertierter Sexzucht“) noch radikaler formuliert. In ultrarechten Kreisen ist die CM-Vorsitzende Adelgunde Mertensacker vor allem populär geworden, weil sie sich leidenschaftlich gegen eine „islamistische Unterwanderung“ Deutschlands ins Zeug legt. Mertensacker, deren Partei auch gegen die Wehrmachtsausstellung („Schandausstellung“) Sturm gelaufen war, hält den Islam für „die Offenbarungsreligion Satans“. Folgerichtig ließ sie sich zur Präsidentin der „Internationalen Widerstandsbewegung Antiislam“ wählen.

Was die Islam-Frage betrifft, so sind sich CM und PBC prinzipiell einig. Eine klare Frontstellung gegen den Islam kommt zum Beispiel in dem aktuellen PBC-Flugblatt „Jesus oder Muhammad? Islam oder Christentum?“ zum Ausdruck. Dort ist von der „dämonischen Macht des Islam“ die Rede, die gebrochen werden müsse.

Thomas Klaus

"Befreiung Jerusalems"

Rechter Unterstützer beim Al-Quds-Tag.

Der Streit um die offen antisemitische Rede des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad hat auch den so genannten „Al-Quds-Tag“ in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. 1979 wurde er erstmals von Ayatollah Chomeni ausgerufen. An diesem Tag sollen Moslems in aller Welt für die „Befreiung Jerusalems und der heiligen islamischen Stätten von den Israels und den Juden“ demonstrieren.

Am 29. Oktober dieses Jahres hatten sich überwiegend aus dem arabischen Raum stammende Teilnehmer versammelt, um im Berliner Stadtteil Charlottenburg gegen Israel zu demonstrieren. Mit einem eigenen Lautsprecherwagen mischte sich auch der in der rechten Szene bekannte Frank- Eckart Czolbe-Senft Parolen skandierend unter die Demonstranten. Nach Augenzeugenberichten wurde er von einigen arabischen Jugendlichen freundschaftlich begrüßt. Kein Wunder, dass man sich kennt. Schließlich hat Czolbe-Senft schon 2003 als einer der wenigen Deutschen an der Demonstration zum Al-Quds-Tag in Berlin teilgenommen.

Auch sonst ist der in Berlin lebende Eckart Czolbe-Senft in den letzten Jahren sehr umtriebig gewesen und hat selten eine Gelegenheit ausgelassen, seine rechte Gesinnung öffentlich zu bekunden. So beteiligte er sich 1999 in Berlin an Demonstrationen der von Horst Mahler angestoßenen und bald wieder eingeschlafenen Bewegung „Für unser Land“. Später war er häufiger Besucher beim Prozess gegen Horst Mahler im Amtsgericht Moabit sowie des Verfahrens gegen den „Sleipnier“-Herausgeber Andreas Röhler. Auf einer Demonstration gegen den Bau des Holocaust-Denkmal provozierte Czolbe-Senft mit einem selbst gebastelten Schild mit der Aufschrift: „Damals SA heute Antifa – primitiv, ungeistig und erschreckend.“

Im vergangenen Jahr hieß es in der „Jungen Freiheit“, dass die Organisatoren des Al-Quds-Tags „Mit Transparenten für die Befreiung Jerusalem“ eintreten und „Linke, Schwule und andere Islamisten-Gegner“ eine Medienkampagne gestartet hätten.

Peter Nowak

Fragwürdiger Preis

„Junge Freiheit“ zeichnet rechtslastigen Autor aus.

Der „Junge Freiheit“-Autor Stefan Scheil (Jg. 1963) erhält am 27. November in Berlin den diesjährigen Gerhard-Löwenthal-Preis. Verliehen wird dem freischaffenden Historiker Scheil die von der „Jungen Freiheit“ (JF) erstmals 2004 gestiftete und mit 5000 Euro dotierte Auszeichnung für seine „herausragenden Verdienste für eine engagierte unabhängige Publizistik“.

Scheil, Referent des JF-nahen Institut für Staatspolitik und bei der im Visier des Verfassungsschutzes stehenden Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, ist unter anderem Buchautor des stramm rechten Leopold Stocker-Verlages. Seine Bücher, beispielsweise „Legenden, Gerüchte, Fehlurteile. Ein Kommentar zur 2. Auflage der Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung“, stoßen im extrem rechten Lager auf starken Zuspruch. Das DVU-Sprachrohr „National-Zeitung“ empfiehlt Scheils Werke „jedem zeitgeschichtlich Interessierten“, die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation&Europa“ lobt ihn, da er die „längst überfällige Historisierung des Dritten Reiches kräftig angeschoben“ habe. Für die revanchistische Wochenzeitung „Preußische Allgemeine“ hat Scheil „erstaunlich klare Belege“ vorgelegt, „dass Hitler sogar nach den glänzenden Siegen nicht an ein Europa unter deutscher Führung dachte.“

Der Bundesverfassungsschutz hält in seinem aktuellen Bericht fest, dass die JF „besonderes Augenmerk“ auf die „Relativierung der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg“ legt und führt als Beleg einen JF-Artikel von Scheil an. Scheil schreibt darin, dass „Deutschlands aggressive Außenpolitik“ lediglich „einer von mehreren Gründen für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges“ gewesen sei.

Die Laudatio auf Scheil wird der Wiener Historiker und JF-Gelegenheitsautor Lothar Höbelt (Jg. 1956) halten. Höbelt steuerte 1998 einen Beitrag für den Sammelband „Wagnis Wahrheit“ bei, eine Festschrift für den Holocaust-Leugner David Irving, die im rechtsextremen Arndt-Verlag erschien.

Anton Maegerle

Demokratische Initiativen

Nicht automatisch immun

Gewerkschaftsmitgliedschaft schützt nicht vor Anfälligkeit gegen Rechtsextremismus – betroffen sind besonders Mittelschichtszugehörige.

Werbeplakate der NPD in Berlin im letzten Bundestagswahlkampf lösten in Teilen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di einen besonderen Schrecken aus: Zeigten sie doch das Konterfei einer Funktionärin des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg. Es stellte sich heraus, dass die Frau Vorsitzende der Berliner DVU war und für die NPD als Bundestagskandidatin antrat. Die Gewerkschaft hatte sie zu dieser Zeit bereits verlassen – doch das war bei ver.di zuvor ebenso unbemerkt geblieben wie ihre rechtsextreme Gesinnung.
Ein krasser Einzelfall? Vermutlich nicht. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ legen nahe, dass entsprechende politische Orientierungen unter Gewerkschaftern genauso verbreitet sind wie unter Unorganisierten. Allerdings offenbart die über 600 Seiten starke Untersuchung der Politologen Michael Fichter, Joachim Kreis, Günter Pollach, Richard Stöss und Bodo Zeuner von der Berliner Freien Universität (FU) einige interessante Abweichungen zwischen den beiden Gruppen. Im Auftrag der Gewerkschaften und mit Förderung der Hans-Böckler- sowie Otto-Brenner-Stiftung hatten die Wissenschaftler 2003 und 2004 jeweils rund 2 000 Gewerkschafter und Nichtorganisierte zu ihren politischen Einstellungen befragt.

„Es gibt Mitgliedergruppen, die seltener rechtsextrem eingestellt sind als Unorganisierte, aber auch das Gegenteil“, stellte Professpr Bodo Zeuner Anfang November bei einer Veranstaltung des ver.di-Fachbereichs Medien fest. Besonders auffälliges Ergebnis der repräsentativen Befragung war, dass Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht – Facharbeiter und gehobene Angestellte – anderthalb Mal so häufig eine rechtsextreme Einstellung offenbarten wie die zum Vergleich befragten Nichtorganisierten dieser sozialen Schicht.

Für die Auswertung ihrer Umfrageergebnisse entwickelten die FU-Politologen vom Otto-Suhr-Institut ein komplexes Bewertungsschema, um den tieferen Ursachen der unterschiedlichen Orientierungen auf die Spur zu kommen. „Gerade bei den Gewerkschaftern aus der Mittelschicht zeigte sich, dass weder sozialer Status noch Mangel an partizipatorischer Haltung ursächlich für rechtsextreme Einstellungen sind“, erläuterte Bodo Zeuner bei der Veranstaltung. Doch seien Vertreter dieser Schicht teilweise extrem unzufrieden mit den wirtschaftlich-sozialen und politischen Verhältnissen hier zu Lande und wendeten sich heftiger Systemkritik, fundamentaloppositionellen Thesen und überproportional oft auch dem Rechtsextremismus zu.

Insgesamt waren bei 19,1 Prozent der befragten Gewerkschafter rechtsextreme Einstellungen offenkundig geworden; unter den Nichtorganisierten betrug der Anteil 20 Prozent. Nach Beschäftigtengruppen differenziert, erwies sich, dass etwa Erwerbslose und Rentner, die Mitglieder einer Gewerkschaft sind, deutlich seltener zum Rechtsextremismus neigen als Nichtorganisierte dieser sozialen Gruppen. Auch in der „Oberschicht“, der verantwortliche Beamte und Angestellte zugerechnet werden, ist eine rechtsextreme Einstellung unter gewerkschaftlich Organisierten noch seltener anzutreffen als unter den Nicht-Mitgliedern (sechs beziehungsweise acht Prozent).

Seit Veröffentlichung der Studie wird in den Gewerkschaften über die nicht eben schmeichelhaften Ergebnisse diskutiert – wie Anfang November bei ver.di. Einhellige Meinung war, auf verschiedenen Ebenen rechtsextremen Haltungen in der Gewerkschaft gegenzusteuern. „Wir sollten uns nicht in erster Linie als Serviceunternehmen für unsere Mitglieder verstehen, sondern Inhalte und Werte vermitteln“, forderte ein Teilnehmer. Bodo Zeuner schloss sich dieser Einschätzung an und ergänzte, dass die Förderung von Eigenaktivität und partizipatorischer Haltung stark gegen Rechtsextremismus immunisiere. Nicht zuletzt müssten die Gewerkschaften das Thema regelmäßig aufgreifen und sich offensiv mit den Einstellungen eines Teiles der Mitgliedschaft auseinandersetzen. *Gudrun Giese*

www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm

Seitenblick

Weltgeschichtliches Verfahren

Der Nürnberger Prozess gegen die NS-Kriegsverbrecher soll ein Museum bekommen. Im November vor 60 Jahren wurde die Hauptverhandlung eröffnet.

Medien nutzen wichtige Jahrestage gern zu Rückblicken. Das erleichtert die Arbeit und bietet die Möglichkeit, auf besondere Ereignisse noch einmal hinzuweisen. In der Geschichte der Bundesrepublik gilt das etwa für den 20. Juli, an dem 1944 einige Offiziere versuchen haben, Hitler umzubringen. Es gilt für den 3. Oktober 1990, als zum ersten Mal nach vielen Jahrzehnten der Diktatur die Deutschen frei ein Parlament wählen durften. Es gilt für den 9. November, an dem im Jahre 1938 in Deutschland die Synagogen brannten und deutsche Juden ermordet wurden. Für alle, die heute am politischen Leben bewusst teilnehmen, sind das feste Daten der Erinnerung. Das freilich war nicht immer so. In der Frühzeit der BRD galt der 20. Juli nur der Erinnerung an Prominente. Andere Widerstandsgruppen wurden absichtlich und gezielt ausgeschlossen. Das änderte sich erst viele Jahre nach Gründung der Republik. Streit herrschte auch um den 3. Oktober. In der Bundesrepublik gab es einflussreiche Gruppen, die den 9. November als Nationalfeiertag durchdrücken wollten Damit wären sie die lästige Erinnerung an die Reichspogromnacht los gewesen. Sie scheiterten aber am massiven Widerstand vor allem von links.

Völlig anders verlief die Diskussion um den ersten Prozess vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 1946/47 mit 24 angeklagten Spitzennazis. Sollte der überhaupt im Gedächtnis bleiben oder besser als Akt der Sieger vergessen werden? Das war 1986 ein heftig diskutiertes Thema. Weil aber im Jahr zuvor Bundespräsident Richard von Weizäcker den Deutschen in seiner wahrhaft historischen Rede im Deutschen Bundestag ins Stammbuch geschrieben hatte, warum der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung war und nicht der Tag der Niederlage oder Kapitulation, fühlten sich einige Juristen, Politiker und Journalisten ermutigt, auch an den Prozess in Nürnberg zu erinnern. Das hatte vermutlich zur Folge, dass am 50. Jahrestag wichtige Bücher zu dem weltgeschichtlichen Verfahren erschienen. Erinnert sei an die umfangreichen Erinnerungen des US-Hauptanklägers Telford Taylor „Der Nürnberger Prozess“ im Münchner Wilhelm Heyne Verlag. In Rückblicken wurde damals vorhergesagt, mit dem 50. Jahrestag des Beginns der Hauptverhandlung werde wohl die Erinnerung zu Ende sein. Doch das erweist sich am 60. Jahrestag als zu pessimistisch.

Ausgerechnet kurz vor dem 60. Jahrestag der Eröffnung der Hauptverhandlung am 20. November traf sich am 26. Oktober im historischen Saal 600 des Nürnberger Landgerichts das Kuratorium für das „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände“. Beraten wurde über die Zukunft des Sitzungssaals des IMT. Tags darauf machte der Kuratoriumsvorsitzende, der frühere Bundesbauminister Oscar Schneider, klar: Der Osttrakt des Justizpalastes müsse originalgetreu erhalten und auf längere Sicht in eine Forschungsstätte umgewandelt werden. Es gebe, so Schneider zutreffend, weltweit keinen besseren Platz, um die Geschichte von Menschheitsverbrechen aufzuarbeiten. Nürnberg sei immerhin der geschichtliche Ausgangspunkt für den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Mit dem Vorhaben steht das Kuratorium nicht allein. Auch die Stadt Nürnberg will mitmachen. Der Leiter der Städtischen Museen, Franz Sonnenberger, sagte der „Süddeutschen Zeitung“: Der gegenwärtige Zustand ist völlig unbefriedigend. Es gibt keinen Zugang und wenig Erläuterungen zu den Prozessen und ihrer geschichtlichen Bedeutung.“ Das trifft zweifelsfrei zu. Im Saal 600 herrscht längst wieder juristischer Alltag. Dort werden täglich Hauptverhandlungen geführt. Die Öffentlichkeit hat nur an den Wochenenden Zugang zu ihm. Dennoch kommen schon jetzt Jahr für Jahr um die 20 000 Besucher zu diesem historischen Ort. Geplant ist nun, durch ein Fenster in einer Empore auch an Wochentagen Einblick in den Saal zu schaffen. Das war 1946/47 auch der Arbeitsplatz für viele Journalisten. Am Ende müsse es einen eigenen Zugang für Saal 600 mit wichtigen Exponaten von damals geben. Die Kosten von etwa vier Millionen Euro müssten sich nach Schneider der Bund und der Freistaat Bayern teilen. Er glaube nicht, dass diese sich verweigern werden.

Heiner Lichtenstein

Rezension

Keitels Krampfadern

Gesprächsprotokolle mit den Nürnberger Hauptkriegsverbrechern.

Die Einladung des Verlages war verlockend. Der amerikanische Arzt Goldensohn habe als Psychiater 1945/46 im Nürnberger Gefängnis alle 19 NS-Spitzenfunktionäre befragt und dabei höchst interessante Beobachtungen gemacht. Nun lägen die Protokolle als Buch vor. „Es ergibt sich ein außergewöhnlicher Einblick in das Weltbild und die Charaktereigenschaften des nationalsozialistischen Führungspersonals“, hieß es in der Einladung. Michael Stürmer wurde zitiert, der in der „Welt am Sonntag“ zur amerikanischen Originalausgabe geschrieben hatte: „Diese Notizen gehören zum Wichtigsten, was seit Jahrzehnten über das Dritte Reich und seine Führungsfiguren erschienen ist ...“. Zuvor war in einer Rezension zu lesen, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, habe in der Nürnberger Haft über Krampfaderbeschwerden geklagt. Da ging das Interesse schlagartig zurück. Das Buch blieb erstmal einige Wochen liegen – zu Unrecht..

Der Verlag, das fällt jedenfalls sofort auf, hat es den Lesern leicht gemacht, sich zurechtzufinden. Er listet nämlich die Namen der Angeklagten und Zeugen auf und nennt die Seitenzahl, wo jeder dargestellt wird: Karl Dönitz, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hans Fritsche, Walter Funk, Hermann Göring, Rudolf Heß, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Konstantin von Neurath, Franz von Papen, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Hjalmar Schacht, Baldur von Schirach, Albert Speer, Julius Streicher sowie als Zeugen geladene Militärs und NS-Chargen. Man wählt den aus, von dem man wenig weiß, oder wen man besonders interessant findet. In diesem Fall ist es Ernst Kaltenbrunner, der 1943 Chef des berüchtigten Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wurde. Warum, das erklärt Kaltenbrunner Goldensohn etwa so: Er habe wichtige ausländische Dokumente gefunden und Hitler gezeigt. Der habe die Bedeutung dieser Schriftstücke richtig eingestuft und ihn zum Abwehrchef ernannt. Er sei außerdem „fähiger“ gewesen als Wilhelm Canaris. „Dass Canaris ein Doppelspiel betrieb, sieht man daran, dass er am Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligt war.“ Der grausame und skrupellose Kaltenbrunner war also in der Haft Nazi und „führertreu“ geblieben. Er machte sich zum kleinen Mitläufer und Befehlsempfänger, der er nicht war und deshalb zum Tode verurteilt wurde. Ähnlich Julius Streicher, der Chef des berüchtigten Hetzblattes „Der Stürmer“. Auch er ein kleines Licht, der nach einem juristischen Streit mit Hermann Göring von 1940 an angeblich gar nichts mehr zu sagen hatte und von seinem Rittergut bei Fürth aus den „Stürmer“ leitete. Goldenssohn beschreibt ihn so: „Streicher ist 61 Jahre alt, kleinwüchsig, nahezu kahl und hat eine Hakennase. Sein Aussehen entspricht seinem Alter. Er lächelt unaufhörlich, sein Lächeln wirkte teils grimassenhaft, teils lüstern, wobei er seinen großen dünnlippigen Mund verzieht und seine froschartigen Augen verdreht, die Karikatur eines Wüstlings, der sich als kluger Mann ausgeben möchte.“

Dann Wilhelm Keitel, Hitlers höchsten Soldaten, hinter vorgehaltener Hand wegen seiner unterwürfigen Botmäßigkeit als „La Keitel“ verspottet. Goldensohn beginnt sein Keitelportrait tatsächlich mit den Krampfadern, über die er häufig geklagt habe. Aber das ist banal gegenüber seiner Rolle in der Wehrmacht. Die spielt er wie alle anderen Angeklagten auf ein Mindestmaß herunter. „Ich stand dem Führer nie sehr nahe. Es waren immer Sekretärinnen anwesend, wenn ich ihn traf.“ Und er mäkelte weinerlich: „Hitler gab uns Befehle – und wir glaubten ihm. Dann begeht er Selbstmord und lässt uns die Schuld abbüßen. Er hätte am Leben bleiben sollen, um seinen Teil abzutragen.“

Goldensohns Interviews sind interessant und das gilt auch für seine Gespräche mit dem Auschwitzkommandanten Rudolf Höß, Generalfeldmarschall Ewald von Kleist, den Chef der Einsatzgruppe D, Otto Ohlendorf und den Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes, Oswald Pohl. Es lohnt sich, die Kapitel zu lesen.

Heiner Lichtenstein

Leon Goldensohn, : Die Nürnberger Interviews. Gespräche mit Angeklagten und Zeugen. S. Patmos Verlag, Düsseldorf, 2005, 457 S., 29,90 EUR

Meldungen

Parteivorsitzender geschasst

Berlin – Nach Angaben der Deutschen Partei ist der Ausschluss ihres früheren Vorsitzenden Heiner Kappel nunmehr rechtskräftig. Das Bundesschiedsgericht der DP habe in dem Ausschlussverfahren gegen Kappel entschieden, teilte Parteisprecher Gottfried Burischek mit. Kein Erfolg hat Kappel offenbar auch mit seinem Versuch, sich von ordentlichen Gerichten wieder als Bundesvorsitzender ins Amt einsetzen und die Beschlüsse des letzten DP-Parteitags für nicht erklären zu lassen. Das Berliner Kammergericht habe mitgeteilt, es beabsichtige, eine Berufung Kappels gegen ein Urteil des Landgerichtes Berlin vom 22. Juni im Beschlusswege zurückzuweisen, berichtete Burischek. Derweil bemüht sich der neue DP-Vorstand um den Bundesvorsitzenden Ulrich Pätzold, die Strukturen der Partei auszubauen. In Troisdorf bei Bonn wurde ein NRW-Landesverband gegründet. Noch in diesem Jahr soll die Gründung eines Landesverbands Schleswig-Holstein folgen. (ts)

Internationaler brauner Aufzug

Schweden (Salem) – Für den 10. Dezember dieses Jahres mobilisieren Freie Kameradschaften und Nationalisten im Internet zu einem Großaufzug ins schwedische Salem. Dort soll mit einem internationalen Aufmarsch dem am 9. Dezember 2000 bei einer Auseinandersetzung mit Migranten 16-jährig verstorbenen Jung-Neonazi Daniel Wretström gedacht werden. Bereits in den vergangenen Jahren war die Salem-Kundgebung ein internationales Who-is-who der europäischen Neonaziszene, so wie sie zuletzt wohl nur in Wunsiedel 2004 beim noch erlaubten Rudolf-Heß-Marsch oder auf dem brandenburgischen Soldatenfriedhof in Halbe zusammengekommen ist. (hf)

NRW-Republikaner bleiben auf Kurs

Herne – Die REP-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Ursula Winkelsett, ist in ihrem Amt bestätigt worden. Damit traf der Landesparteitag auch eine Richtungsentscheidung: Winkelsett hatte wegen ihres innerparteilichen Führungsstils und wegen ihres Abgrenzungskurses gegenüber der NPD parteiinterne Kritik auf sich gezogen. Beim Landesparteitag am letzten Oktoberwochenende in Herne setzte sie sich nach einem Bericht der Republikaner mit fast 70 Prozent der Stimmen gegen drei Gegenkandidaten durch. „Der Parteitag war eine Demonstration dafür, dass die Republikaner sich durch Wahlniederlagen nicht beeindrucken lassen“, schreiben die Republikaner, die bei der Bundestagswahl gerade einmal auf bundesweit 0,6 Prozent und in NRW auf 0,3 Prozent der Stimmen gekommen waren, in einer Pressemitteilung. Auch in NRW war Kritik laut geworden, die aber nun versandete: „Die Initiatoren der sogenannten ‘Dortmunder Erklärung’, die vollmundig einen Richtungswechsel in NRW ankündigten, wurden vom Parteitag in ihre Schranken gewiesen und verließen nach der Wahl von Frau Winkelsett den Parteitag“, heißt es in der Pressemitteilung. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de